



Das Wichtige muss jetzt angepackt werden!

Das Leben zwischen Lockdown und Lockerungen stellt uns alle seit langer Zeit auf eine harte Probe. Doch auch wenn wir die Pandemie endlich hinter uns gelassen haben, werden wir wichtige Aufgaben in unserem Land anpacken müssen:

Wir wollen dafür sorgen, dass Baden-Württemberg auch in einer digitalisierten Welt der Innovationsmotor Deutschlands bleibt und müssen hier die Arbeitsplätze sichern – mit klimaneutralen Autos und Maschinen!

Wir wollen außerdem bezahlbaren Wohnraum für alle schaffen und erhalten. Dies wollen wir mit der Gründung einer Landeswohnbaugesellschaft erreichen. Dafür muss die SPD in die Regierung, denn der Markt regelt hier überhaupt nichts!

Für unsere Kinder wollen wir gute Schulen mit zeitgemäßer Ausstattung und kostenfreie Kitas. Das liegt uns als SPD am Herzen! Auch dafür werden wir als Teil einer neuen Landesregierung kämpfen!

Bleiben Sie gesund!

Ihre Crailsheimer SPD

„Gute Sozialpolitik ist hervorragende Wirtschaftspolitik!“

Nik Sakellariou im Interview mit Gernot Mitsch



Nik Sakellariou,
SPD-Landtagskandidat

Für unsere *Crailsheimer Rundschau* haben wir *Nik Sakellariou* zu aktuellen Themen im Wahlkampf interviewt. Dabei ging es um die Akzente, die die SPD und er persönlich setzen.

CR: Nik, wir haben nun noch ca. eineinhalb Wochen vor dem *Wahltag am 14. März*. Wie fühlt sich der Wahlkampf in Corona-Zeiten an?

Nik: Wahlkampf in Corona-Zeiten ist bitter für jemanden wie mich, der am liebsten mit Menschen spricht und sie persönlich für die Politik der SPD zu gewinnen sucht. Mit den Internetfilmchen komme ich nicht klar. Aber ich versuche, das mit Telefonaten und Info-Ständen zu kompensieren.

CR: Du hast den Einzug in den Landtag bei der letzten Wahl äußerst knapp verfehlt (84 Stimmen). Wie erging es dir als Zuschauer der grün-schwarzen Landespolitik der letzten Jahre?

Nik: In den letzten 5 Jahren habe ich mir zunächst zwei Träume erfüllt: Ich habe den Motorradführerschein gemacht und endlich eine Nilkreuzfahrt mit meiner Frau. Alles Dinge, die ich die Jahre davor so nicht machen konnte. Als Zuschauer der grün-schwarzen Landespolitik war ich erschüttert, wie wenig nach vorne gedacht und wie viel miteinander gestritten wurde. Besonders gestört hat mich, dass alle sozialen Themen nicht behandelt wurden.

CR: Unter der Ankündigung „Das Wichtige jetzt anpacken“ will die SPD fünf drängende aktuelle Probleme im Land angehen. Gehen wir die mal der Reihe nach durch – als erstes das Thema „Bildungschaos“!

Nik: Gerade zeigt sich, was grüne Sparwut und schwarze Desorganisation in unserem Land anrichten. Bildungsqualität und Bildungsge-



rechtigkeit geraten immer mehr ins Hintertreffen. Für die SPD ist klar: Keine Kürzungen in den Bereichen Kinder, Jugend und Bildung. Hier muss mehr investiert werden.

CR: Zum Thema Bildung gehören auch die Kitas. Warum setzt die SPD dort auf Gebührenfreiheit?

Nik: Gebührenfreiheit in Kindertagesstätten ist laut unserer Verfassung ein Auftrag der Länder und nicht der Kommunen und Eltern. Somit müssen die Gebühren für die Kitas vom Land übernommen werden. Das würde nicht nur die Kommunen entlasten, sondern vor allem die Leistungsträger in unserer Gesellschaft: die Familien.

CR: Hier in Crailsheim brennt uns das Thema Verkehr besonders auf den Nägeln. Nachhaltige Verkehrslösungen sind hier kaum zu erkennen oder sie lassen ewig auf sich warten. Wie stellt sich die SPD eine gute verbesserte Verkehrsinfrastruktur im ländlichen Raum vor?

Nik: Eine gute Verkehrsinfrastruktur wird nur dann besser, wenn sie auch stark frequentiert und genutzt wird. Unser Vorschlag für ein 365-Euro-Ticket, mit dem man für 1 Euro am Tag die gesamte Infrastruktur nutzen kann, wird dazu führen, dass sich die Angebote auch in Crailsheim verbessern werden, weil sie dann stärker nachgefragt werden.

CR: Der grüne Ministerpräsident sieht sich gern als Motor der Wirtschaft, der gute Rahmenbedingungen für unser Land schafft. Wie siehst du die Wirtschaftsentwicklung in Baden-Württemberg?

Nik: Unsere Wirtschaft braucht vor allem Fachkräfte. Fachkräfte sind Menschen mit Familien. Wer bezahlbaren Wohnraum, gute Arbeitsbedingungen und kostenfreie Kinderbetreuung sowie ein vielfältiges Bildungsangebot vorfindet, der kommt auch in unsere Region. Deswegen ist gute Sozialpolitik hervorragende Wirtschaftspolitik.

CR: Crailsheim ist seit einigen Jahren ein richtig erfolgreicher Wirtschaftsstandort. Trotzdem gibt es Defizite. So haben wir z. B. unzählige Zeitarbeitsfirmen. Gibt es aus SPD-Sicht Konzepte, die Leiharbeit zu reduzieren?

Nik: Die SPD hat die Leiharbeit bereits insoweit beschränkt, als diese nur noch für bestimmte Zeiträume zulässig ist. Prinzipiell ist Zeitarbeit für Menschen mit großen Vermittlungshemmnissen aber auch eine Möglichkeit, in eine Arbeit zu kommen. Eine zeitliche Begrenzung führt dazu, dass Zeitarbeit kein Dauerzustand wird.

CR: Bezahlbarer Wohnraum ist überall knapp. Die SPD hat auf ihrer Agenda die Schaffung einer Landeswohnbaugesellschaft. Was verspricht ihr euch davon?

Nik: Die Schaffung der Landeswohnbaugesellschaft wird dazu führen, dass auch das Land mit seinen Grundstücken dafür sorgen kann, dass dort Wohnbau ermöglicht wird, wo dies vor Ort gewünscht wird. Alleine, dass es eine solche Gesellschaft gibt, wird dazu führen, dass Landesflächen identifiziert werden können, die für Wohnbau geeignet sind und dadurch mehr Wohnraum geschaffen wird.

CR: Einer der Schwerpunkte deiner politischen Arbeit lag in der vorletzten Legislaturperiode auf der Innenpolitik. Was muss hier aus deiner Sicht besser werden?

Nik: Die Polizei in Baden-Württemberg ist auf dem letzten Platz im Bundesvergleich, was die Personalstärke angeht. Durch mehr Neueinstellungen und mehr Ausbildung muss hier schnellstmöglich nachgebessert werden. Schließlich geht es um unsere Sicherheit und die Einhaltung von Gesetzen.

CR: Hättest du Wunschpartner für eine denkbare Koalition?

Nik: Mein persönlicher Wunschpartner für eine Koalition wäre die Anknüpfung an die grün-roten Jahre (2011 – 2016). Sollte es hierfür nicht reichen, wäre ich auch für eine sogenannte Ampel offen, die sicher mehr erreichen könnte, als das komplett zerstrittene schwarz-grüne Bündnis derzeit.



Mit der SPD wählt ihr die Zukunft!

Von Jeremy Tietz und Jonas Aberle, JUSOS Schwäbisch Hall / Hohenlohe

Es ist Zeit, heute schon an morgen zu denken, denn wir stehen vor großen Herausforderungen. Genau deshalb ist es wichtig, vorausschauende und gerechte Politik zu machen! Wir brauchen jetzt und nicht erst morgen oder übermorgen Lösungen für unsere Zukunft! Aus diesem Grund bringen wir uns als junge Leute bei den JUSOS ein, um unsere politischen Ideen und Visionen zu verwirklichen. Viele unserer Ideen konnten wir in das Wahlprogramm der SPD einfließen lassen. So haben wir dafür gesorgt, dass auch die Interessen junger Leute in

der Zukunft eine Rolle spielen. Dies gilt vor allem bei den Kernthemen Bildung, Arbeit, Gesundheit & Pflege, Klimaschutz und bezahlbares Wohnen. Unsere Position zum Wahlprogramm ist klar: Es ist der richtige Weg, endlich die Weichen in die Zukunft zu stellen. Der Fokus liegt darauf, die kommenden Herausforderungen anzugehen und den Wandel aktiv zu gestalten. Dabei müssen wir aber alle mitnehmen. Ein Wandel zur Klimaneutralität zum Beispiel kann nur gelingen, wenn auch alle Bürger*innen die Möglichkeit ha-

ben daran teilzuhaben. Wir sind davon überzeugt, dass mit diesem Programm ein Wandel angestoßen wird, der die wichtigen Fragen der Zukunft angeht – genau jetzt! Wenn auch ihr die Zukunft mitgestalten wollt, freuen wir uns darauf, wenn ihr uns auf diesem Weg begleitet.

Eure



Kita-Gebühren abschaffen – jetzt!

Von Dennis Arendt

Ein breites Bündnis aus Gewerkschaften, Verbänden und Parteien fordert die Gebührenfreiheit von Kindertagesstätten. Dabei hatten sie bereits im letzten Jahr viele Bürger*innen und Eltern auf ihrer Seite: Für ein angestoßenes Volksbegehren kamen über 17.000 Unterschriften zusammen. Die Volksabstimmung scheiterte jedoch juristisch. Klar ist: Ein Kitaplatz ist für viele Familien eine große finanzielle Belastung. Wie hoch die Gebühren sind, hängt in Baden-Württemberg maßgeblich vom Wohnort ab – eine landeseinheitliche Lösung gibt



es bislang nicht. In Heilbronn und Künzelsau zahlen Eltern keine Gebühren. In Crailsheim belaufen sich die Kosten pro Kind bei einer Ganztagsbetreuung schnell auf bis zu 475 € im Monat. Doch wir als SPD verstehen Kitas als Bildungseinrichtungen und diese müssen

unabhängig vom Geldbeutel der Eltern allen Kindern zur Verfügung stehen – genauso wie Schulen und Universitäten! Nur so haben alle Kinder gute Startchancen.

Die Abschaffung der Gebühren wäre zugleich ein großes Familienförderprogramm: Viele von ihnen hätten direkt jährlich mehrere tausend Euro zusätzlich zur Verfügung. Soziale Gerechtigkeit kann nur geschaffen werden, wenn der Bildungsweg von der Kita bis zu Ausbildung und Studium gebührenfrei wird und bleibt. Kitas sind kein Luxus, sondern eine Notwendigkeit.



Profit contra Gesundheit!?

Von Roland Klie

Im Kampf gegen das Corona Virus ist die Leistungsfähigkeit der nationalen Gesundheitssysteme von zentraler Bedeutung. Trotz guter Ausstattung vieler Krankenhäuser und Ärzte zeigt gerade die Covid-19-Pandemie Grenzen eines auf Profit ausgerichteten Gesundheitssystems auf. Die Kommerzialisierung des Gesundheitswesens hat Versorgungsqualität und Arbeitsbedingungen verschlechtert. Jedes dritte Krankenhaus ist in privater Hand und arbeitet gewinnorientiert. Nicht rentable Leistungen werden abgebaut und profitable ausgeweitet. Seit 2000 wurden 300 Krankenhäuser (14%) dichtgemacht. Als die Corona-Pandemie ausbrach, gab es kaum mehr zusätzliche Kapazitäten,

um eine große Anzahl Schwerkranker zu versorgen. Die Personalprobleme in den Krankenhäusern sind nicht zu übersehen. Seit 1955 wurden in der Pflege 50.000 Stellen abgebaut. Pflegekräfte werden für ihre schwere und belastende Arbeit schlecht bezahlt. In den letzten Jahren kündigten zehntausende von ihnen. Die Covid-19-Pandemie zeigt, wie wichtig ein gemeinwohlorientiertes Gesundheitssystem ist. Wo Gesundheit zur Ware und den Gesetzen des Marktes unterworfen wird und der Sozialstaat versagt, sterben viele Menschen. Das Corona-Virus rückt die gesamte öffentliche Daseinsvorsorge in den Fokus. Die Grundversorgung mit lebenswichtigen Gütern und Dienst-

leistungen wird in großen Teilen durch schlecht entlohnte „systemrelevante“ Arbeitnehmer*innen mit bis zu 20 % schlechterer Bezahlung sichergestellt. Viele Bereiche der Daseinsvorsorge leiden unter Personalmangel und Investitionsstau. Noch dazu sind sie chronisch unterfinanziert. Das sind die Folgen einer Politik der Liberalisierung, der Privatisierung und des Sozialabbaus.

Wie es weitergeht, hängt davon ab, ob es nach der Pandemie soziale Spaltung, Abschottung und weniger Freiheitsrechte oder mehr soziale Gerechtigkeit, Solidarität und internationale Zusammenarbeit gibt.

Unsere Gemeinderatsfraktion – für Sie vor Ort tätig!

Sie haben Fragen zur aktuellen Kommunalpolitik? – Sprechen Sie uns an!



Verantwortlich: SPD-Ortsverein Crailsheim, Vorsitzender Roland Klie;

Redaktion/Layout: Dennis Arendt, Till Macher